

**Der Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft
und Forsten**
M. B. 70/50

Bonn, den 29. Juni 1950

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

**Betr.: Anfrage Nr. 88 der Abgeordneten Dr. Horlacher
und Genossen - Nr. 1055 der Drucksachen -
betr. Bekämpfung des Kartoffelkäfers.**

Die Bundesregierung pflichtet der Auffassung bei, daß das massenhafte Auftreten des Kartoffelkäfers zu einer ernststen Bedrohung des Kartoffelanbaues geworden ist.

Die zunehmende Verbreitung des Schädlings liegt jedoch nicht an der mangelnden Initiative der verantwortlichen Stellen des Staates oder der Bevölkerung bei der Durchführung der Abwehrmaßnahmen, sondern vielmehr darin, daß aus den westlichen Nachbarländern immer wieder erneut Zuflüge erfolgen. Das internationale Komitee zur Bekämpfung des Kartoffelkäfers ist sich ebenfalls über diese Situation klar und hat die westeuropäischen Länder aufgefordert, die Bekämpfungsmaßnahmen zu intensivieren.

Im Bundesgebiet werden die Bekämpfungskosten in erster Linie von den Länderministerien getragen; das Bundesministerium gibt hierzu Zuschüsse. Hiervon werden der landwirtschaftlichen Bevölkerung - wie in anderen europäischen Ländern ebenfalls - chemische Bekämpfungsmittel und Geräte kostenlos zur Verfügung gestellt. Dies ist zurzeit notwendig, da die Kartoffelkäferbekämpfung unter den augenblicklichen Verbreitungsverhältnissen nicht Sache des Einzelnen sein kann. In stark befallenen Gebieten würden bei anderer Handhabung dem Kartoffelanbau erhöhte Unkosten erwachsen. Besonders aber hierin würde eine ernste Gefährdung der Abwehrmaßnahmen erblickt werden müssen.

Die chemischen Mittel und die Geräte werden über Genossenschaften und Handel im Auftrage der Länder gekauft. Einer Kreditierung wäre aus obigen Gründen abzuraten. Ein genossenschaftlicher Einsatz bei der Durchführung der Abwehrmaßnahmen ist jedoch durchaus empfehlenswert.

Dr. Niklas